Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 6 — München, 6. Februar 1931 — 18. Jahrgang

1931 Wochenkalender 5691

	Febr.	Schebat	Bemerkungen
Sonntag	8	21	
Montag	9	22	
Dienstag	10	23	
Mittwoch	11	24	
Donnerst.	12	25	
Freitag	13	26	
Samstag	14	27	משפטים פרשת שקלים מברכין החדש הפטרה בן־שבע שנים (II. Könige 12, 1—17)

Das Jüdische Echo

Nummer 6 6. Februar 1931 18. Jahrgang

Geber und Nehmer

In dieser schweren Zeit, in der der jüdischen Gemeinschaft in höherem Grade als sonst Aufgaben verschiedenster Art als dringlich und unaufschiebbar erscheinen sollten, ist es die Pflicht jedes Juden mit Verantwortungsgefühl, an die Front des jüdischen Lebens zu gehen, um angesichts der dringenden Nöte mitzuwirken. Aus diesem Grunde machen jetzt viele Menschen den Versuch, die Volksgenossen, die ein gütiges Schicksal vorläufig noch davon verschont hat, in eine ungewisse Zukunft zu blicken, an ihre Pflicht gegenüber der eigenen Gemeinschaft zu mahnen. Nun ist es bezeichnend — nicht nur für den jüdischen Einzelmenschen, sondern auch für den Nichtjuden in vielleicht noch höherem Grade —, daß er jetzt im Kampfe des Alltags wenig Muße aufzubringen fähig ist, sich die Zusammenhänge klar zu machen, die ihn an seine Schicksalsgemeinschaft binden. Diese Erscheinung ist insbesondere in Deutschland zu beobachten. Als im Jahre 1914 der Weltkrieg ausbrach, gab es in England eine Menge Personen, nicht nur führende Gestalten, sondern auch Männer „on the street“, die freiwillig einen großen Teil ihres Vermögens dem Schatzamte der englischen Regierung zur Verfügung stellten, weil diese Menschen dartun wollten, daß die große Sorge der Gemeinschaft auch ihre persönliche Sorge ist, und daß sie nicht nur den Teil leisten wollen, der auf sie kraft des Gesetzes und der behördlichen Verfügung entfällt, sondern darüber hinaus noch einen Beitrag, der ihrer höheren Einsicht in die Verbundenheit des Einzelnen mit der Gemeinschaft entspricht. Es ist fraglich, ob ähnliche Beispiele auch aus anderen Ländern für jene Zeit erwähnt werden können. Auch bei der jüdischen Gemeinschaft wurde früher die Schicksalsverbundenheit mit den Volksgenossen in der ganzen Welt stärker empfunden als bei anderen Gemeinschaften, und noch heute ist auf Grund der jüdischen Tradition die Verpflichtung, freiwillig zu helfen, bei den Juden reger als bei anderen Völkern. Aber diese im allgemeinen bei den Juden stärker ausgeprägte Eigenschaft, in der Abwehr drohender Gefahren zusammenzustehen, ist auch nicht in allen Ländern, wo Juden in größerer Zahl siedeln, gleich. Sie tritt schärfer oder schwächer in Erscheinung, je nachdem es in einem bestimmten Lande oder einem bestimmten Orte eine stärker oder schwächer ausgeprägte jüdische Meinung, ein stärkeres oder schwächeres jüdisches Gemeinschaftsleben, ein lebendigeres oder schwächeres jüdisches Milieu gibt. Dementsprechend findet man in Ländern, in denen die Wirtschaftslage der Juden sehr schlecht, aber noch ein lebendiges Gemeingefühl vorhanden ist, eine höhere Opferfreudigkeit für jüdische Volkszwecke als in anderen Ländern, in denen trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise die objektiven Möglichkeiten für die Aufbringung größerer Summen zu allgemeinen Volkszwecken größer sind.

Die Situation des Aufbauwerkes in Palästina, jener gigantischen Aufgabe, welche in der gegenwärtig lebenden jüdischen Generation und nicht nur für diese, sondern auch für die Generationen, die nach ihr folgen werden, Zentralaufgabe zur Garantierung des jüdischen Volksbestandes sein sollte, erheischt gerade in dieser Zeit der gespannten politischen Lage besondere Aufmerksamkeit. Das jüdische Volk hat in den letzten Jahren trotz unzweifelhafter Erfolge in der ganzen Welt — Erlangung der Gleichberechtigung in den ganzen Kulturländern, zum erstenmal in der Diasporageschichte, die Erreichung der Anerkennung des jüdischen Rechtes auf ein nationales Heim — Gelegenheit gehabt zu erkennen, daß der wesentliche Faktor bei der Durchsetzung seiner Ansprüche und bei der wirklichen inneren und äußeren Befreiung die jüdische Selbsthilfe ist. Keine politische Konstellation und kein Volk der Welt, auch das mächtigste nicht, sind imstande, bzw. ernstlich gewillt, den Juden radikal zu helfen. Das vermögen sie nur allein. Diese in den Anfängen des Zionismus ausgesprochene Erkenntnis ist wahr geblieben bis auf den heutigen Tag. Auch heute hängt die Hauptsache von den Juden selbst ab. Das gilt für alle in Frage kommenden politischen Aktionen in allen Ländern der Welt; das gilt für alle Hilfsarbeiten, die im Interesse der jüdischen Gesamtheit unternommen werden, und das gilt natürlich auch für den Palästinaaufbau.

Wir haben in den letzten Monaten durch die Veröffentlichung des Weißbuches, das eine veränderte ungünstige Politik der britischen Mandatarmacht in Palästina ankündigte, eine große Erschütterung erfahren, aber auch eine heilsame Ernüchterung erlebt. Es ist denkbar und wahrscheinlich, daß die britische Regierung zu einer Revision ihrer im Weißbuch eingenommenen Haltung gelangen wird. Gesetzt den Fall, daß diese Wandlung eintreten sollte — was wäre dann damit gewonnen? Werden denn dadurch die Notwendigkeiten des Palästinaaufbaues verringert sein? Werden die Bedürfnisse bei der Fortführung des Werkes kleiner werden? Wird denn der Zwang, das Bestehende, wenn es auch jetzt infolge der ungünstigen Wirtschaftslage in der Welt nicht vergrößert werden kann, in dem bisherigen Umfange aufrecht erhalten, fortfallen? Werden wir dann der Notwendigkeit entbunden sein, von unserer Seite aus das Zentralproblem des jüdischen Aufbaues, die Schaffung erträglicher Beziehungen zu den Arabern, zu lösen sein?

Ohne Rücksicht auf die politische Lage bleibt der Bedarf bei der Finanzierung des Aufbauwerkes bestehen. Er wird in der Aufbringung der freiwilligen Leistungen wesentlich erschwert durch eine ungünstige Situation, er wird erleichtert durch eine günstige Konstellation. Die Aufbringung als solche aber bleibt ein hartes Muß, unbekümmert um die jeweilige politische Lage. Diese Überlegungen sind es, welche Menschen, die sonst den direkten Sammel- und Werbegeschäften fern standen, veranlassen, auf sich die Last dieser in der vordersten Front notwendigen Arbeit zu übernehmen. Bei dieser Gelegenheit kann man in Deutschland verschiedene Erfahrungen machen. Die Zersetzungserscheinungen in der jüdischen Gemeinschaft sind außerordentlich weit gediehen. Trotz der inner-

politischen Ereignisse mit ihrem ungeheueren Aufschwung der radikalen antisemitischen Bewegung, trotz jahrelanger Organisationsarbeit verschiedener jüdischer Richtungen ist es noch immer nicht gelungen, die Zahl der Indifferenten innerhalb des deutschen Judentums auch nur im bescheidensten Grade für jüdische Dinge zu interessieren. Es ist stets derselbe Kreis, an den man sich wendet, und was noch schlimmer ist, es besteht stets die gegenseitige Abschließung der verschiedenen Richtungen innerhalb der in irgend einem Umfange jüdisch Interessierten. Kein Central-Vereinler findet es für nötig, in eine zionistische Versammlung zu gehen, keinem Zionisten erscheint es angebracht, sich einen Gegner anzuhören. Fast niemals sieht man einen Westjuden bei einer ostjüdischen Zusammenkunft. Nur sehr wenige Ostjuden haben den Mut, an westjüdischen Aktionen teilzunehmen. Und gerade diejenigen, die wirtschaftlich gesichert sind und finanziell in der Lage wären, ihrer jüdischen Pflicht gegenüber jüdischen Notwendigkeiten nachzukommen, gerade diese Elemente halten sich überhaupt von jeder jüdischen Sache fern.

Woran das wohl liegen mag? Zweifellos ist es ein Kennzeichen einer fortgeschrittenen Desinteressierung in jüdischen Dingen, einer ausgesprochenen Entjudung. Diese ist hauptsächlich durch äußere Umstände herbeigeführt worden. Eine große Rolle spielte aber auch e i g e n e j ü d i s c h e S c h u l d. Man hat es nicht verstanden, im Laufe der vergangenen Jahre Erziehungsarbeit in der jüdischen Gemeinschaft zu leisten. Wenn es irgendeinen berechtigten Vorwurf gegen die bisher im Leben der deutschen Juden die ausschlaggebende Rolle spielenden Richtungen gibt, so ist es der, daß unter ihrer Herrschaft der Prozeß der Desinteressierung und Entjudung rapide Fortschritte machen konnte. Das liegt und lag nicht nur an den in Anwendung gebrachten Werbemethoden. Der Hauptgrund lag in der Ideologie, die zu wenig Werbekraft in sich hatte, zu wenig Fühlung mit dem realen Leben, zu wenig Schwung, um Menschen ganz zu gewinnen. Wenn man Jahrzehnte lang von der Masse der jüdischen Bevölkerung nur wenig verlangt, ihr das Judesein so billig wie möglich macht, so kann man sich dann nicht wundern, daß sie in Zeiten erhöhten Bedarfs und vergrößerter Gefahr das Verhalten konserviert, das sie Jahrzehnte hindurch geübt hat Liberalismus und Central-Verein haben durch Jahrzehnte ihre Politik in jüdischen Dingen darauf abgestellt, das Judentum den Juden mundgerecht zu machen, ihnen einzureden, daß aus der Tatsache des Judeseins keine besonderen Verpflichtungen höherer Art gegenüber dem Judentum resultieren. Wenn nun ein Augenblick kommt, wo man gezwungen ist, durch den Druck der äußeren Entwicklung an diese Pflicht zu mahnen, so macht man in Deutschland die Erfahrung, daß der größte Teil der Juden überhaupt nicht mehr erreichbar ist.

Diesen Zustand konnte natürlich der Zionismus im Laufe der wenigen Jahre seiner Wirksamkeit nicht grundlegend ändern. Darum findet man auf dem Wege der Werbung für die Nöte des Palästinaaufbaus außerhalb der engen Kreise der zionistisch Organisierten wenig Verständnis, nicht weil diese Peripherie gegenüber dem Zionismus gegnerisch und gegenüber dem Palästinaaufbau feindselig eingestellt wäre. Trotz der Parteikämpfe, trotz der Diskussionen haben weite jüdische Kreise überhaupt keine Ahnung von jüdischen Problemen. Sie sind ebensowenig für den Palästinaaufbau zu haben wie für andere konstruktive jüdische Dinge. Sie sind höchstens bereit, eine milde Gabe im Geiste der Philantropie zu geben. Darüber hinaus geben sie weder Seele, noch Gemüt, noch das Opfer des Nachdenkens.

Es fehlt auch an Nehmern. Wenn die jüdische Gemeinschaft aus sich heraus einen Kreis von Nehmern entwickeln würde, die Jahr um Jahr die anderen an die Pflicht zu geben mahnen, so würde sich schließlich doch eine Wandlung einstellen. Es fehlt momentan gleicherweise an Gebern und Nehmern. Man tröste sich nicht darüber hinweg, daß die jüdische Gemeinschaft verhältnismäßig viel mehr als alle anderen Gemeinschaften in der Welt freiwillig für charitative und andere Zwecke Geld aufbringt. Die anderen Gemeinschaften haben es nicht nötig; für sie sorgen die Zwangsorganisationen. Wir Juden sind sozusagen ein freiwilliger Verband, der aus eigenem Antrieb Aufgaben zu erledigen hat, die ihm von keiner Zwangsorganisation abgenommen werden. Unter diesem Gesichtspunkt gesehen, ist die, absolut genommen, respektable Leistung, bezogen auf die Bedürfnisse, gering. Trotzdem wäre es verfehlt, die objektiven Möglichkeiten und die potentielle Bereitschaft der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland für die Zwecke der Selbsthilfe ernstlich in Zweifel zu ziehen. Höhere Anstrengungen, umfassendere Erziehungsarbeit, die sich natürlich nicht sofort auswirken werden, sind der Schlüssel zu späteren Erfolgen. Allerdings wird dadurch die Not der Gegenwart nicht behoben. K. Sch.

Nahum Goldmann über die Londoner A.C.-Tagung und die gegenwärtige zionistische Lage

B e r l i n , 30. Januar. (JTA.) Auf einem Vortragsabend der Berliner Zionistischen Vereinigung sprach am Donnerstag, dem 29. Januar, der Führer der radikalen Zionisten, Dr. Nahum Goldmann, über den Verlauf der letzten Tagung des zionistischen Aktionskomitees und die gegenwärtige politische Lage im Zionismus. Dr. Goldmann erklärte, für die Verschiebung des Kongreßtermins seien in London drei Argumente ins Treffen geführt worden: Die schwierige Finanzlage der Organisation, die die sofortige Einleitung einer großen Aktion notwendig mache, die Unmöglichkeit der Teilnahme der amerikanischen Mitglieder der Jewish Agency an einem Februar-Kongreß und die Notwendigkeit, das Ergebnis der Verhandlungen zwischen englischer Regierung und Jewish Agency abzuwarten, damit der Kongreß seinen Standpunkt gegenüber der englischen Politik präzisieren könne. Die Vertreter der radikalen Zionisten im Aktionskomitee hätten zwar die Gründe, die für eine Verschiebung des Kongresses sprechen, gewürdigt, aber doch im Hinblick auf die Gefahr, die der Organisation infolge der ungeklärten innerzionistischen Situation und der Fortdauer der inneren Kämpfe drohe, gegen die Verschiebung gestimmt. Die in der Presse verbreitete Nachricht, daß ein Beschluß der radikalen Exekutive vorgelegen habe, demzufolge er, Goldmann, verpflichtet gewesen wäre, im Falle der Annahme des Kongreßverschiebungsantrages durch das A.C. aus der politischen Kommission auszutreten, sei unrichtig. Eine Resolution in diesen Sinne habe nur die Organisation der radikalen Zionisten in Polen „Al Hamischmar" gefaßt. Aber auch der Führer des „Al Hamischmar, Abg. Grünbaum, habe angesichts der politischen Lage das weitere Verbleiben Goldmanns in der Kommission bis zu einer von der Leitung der Radikalen Zionisten zu treffenden endgültigen Entscheidung gebilligt.

Bezüglich der Verhandlungen zwischen Regierung und Jewish Agency sei festzustellen, daß die Regierung sich dem jüdischen Standpunkt nunmehr wesentlich genähert habe. Es dürfe erwartet werden, daß der erste Teil der Verhandlungen demnächst mit einem Erfolg für die jüdische Sache abgeschlossen werden würde. Im zweiten Teil der Verhandlungen werde insbesondere darauf hingewirkt werden müssen, daß in der Palästinaadministration gewisse Änderungen eintreten, die die weitere Entwicklung des Nationalheims verbürgen. Wichtig sei vor allem die Beendigung des inneren Kampfes in der Organisation. Die neue politische Lage lasse die Bildung einer großen Koalition auf dem nächsten Kongreß, die alle Gruppen mit Ausnahme von Brith Schalom und eines Teiles der Revisionisten umfassen könnte, als möglich und wünschenswert erscheinen. Vom zionistischen Patriotismus Weizmanns müsse verlangt werden, daß er auf eine Kandidatur auf dem nächsten Kongreß, die zum Zankapfel zwischen den Parteien werden würde, verzichte.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine Diskusion, in der zunächst im Namen der Revisionisten Richard Lichtheim das Wort ergriff. Er erklärte, alle Gründe, die für eine Verschiebung des Kongresses sprechen, seien schon auf der Novembertagung des A.C. bekannt gewesen; trotzdem habe man sich damals entschlossen, den Kongreß im Februar abzuhalten. Die Radikalen hätten, insbesondere dadurch, daß Grünbaum sich bereit erklärte, in die Weizmann-Exekutive einzutreten, die Position der jetzigen Leitung gestärkt. Den Erfolgen bei den Verhandlungen zwischen Regierung und J.A. dürfe keine zu große Bedeutung beigemessen werden. Es könnten nur diplomatische Erfolge sein, die auf die Gestaltung der Lage in Palästina wenig Einfluß haben werden. — Den Ausführungen Lichtheims trat Alfred Berger scharf entgegen. Es sei merkwürdig, daß gerade die Revisionisten, die auf diplomatische Verhandlungen zuerst besonderen Wert gelegt haben, versuchen, einen eventuellen Verhandlungserfolg schon im voraus zu verkleinern. Der von den Revisionisten angedrohte Austritt aus der Zionistischen Organisation würde vielleicht eine gewisse Beruhigung herbeiführen.

In seinem Schlußwort erklärte Dr. Goldmann, ein Eintritt Grünbaums in die jetzige Exekutive sei nie in Frage gekommen. Außerhalb des A.C.-Plenums geführte Verhandlungen über den Rücktritt der jetzigen und Bildung einer neuen Exekutive seien ergebnislos verlaufen. Während der Ausführungen Dr. Goldmanns erschien das Mitglied der Exekutive, J. Sprinzak, und wurde von der Versammlung lebhaft akklamiert.

Die Radikalen Zionisten verharren in der Opposition, ziehen aber ihren Vertreter aus der Politischen Kommision nicht zurück

Berlin, 2. Februar. (JTA.) Das Zentralkomitee der Vereinigung Radikaler Zionisten, das am 31. Januar und 1. Februar in Berlin tagte, hat das Verbleiben seines Vertreters in der Politischen Kommission beschlossen; gleichzeitig hat es in einer ausführlichen Resolution zu der innerzionistischen Situation Stellung genommen. In dieser Resolution wird der unveränderten oppositionellen Haltung der Radikalen gegenüber der jetzigen Exekutive erneut Ausdruck gegeben und ein grundsätzlicher Kurswechsel gegenüber dem Weizmann-System, sowie die Einsetzung einer neuen Leitung auf dem nächsten Kongreß gefordert.

Der deutsche Misrachi und die A.C.-Beschlüsse — Lazarus Barth kehrt wahrscheinlich in die zionistische Exekutive zurück

Berlin, 2. Februar. (JTA.) In der „Jüdischen Rundschau“ befaßt sich Dr. Oscar Wolfsberg, einer der prominentesten Führer der Misrachibewegung, mit dem Beschluß des A.C., den Kongreß zu verschieben, und dem im Zusammenhang mit diesem Beschluß erfolgten Austritt der misrachistischen Vertreter aus der zionistischen Weltexekutive. Dr. Wolfsberg erklärt, daß die deutschen Misrachisten ebenso wie die amerikanischen im Hinblick auf die gegenwärtige Finanzsituation mit dem A.C.-Beschluß betreffend Verschiebung des Kongresses einverstanden sind. Wir lehnen, schreibt er, bei Abstimmung von Fragen, die mit den Prinzipien des Misrachi kaum etwas zu tun haben, den Fraktionszwang ab und halten so weitgehende Beschlüsse wie die Zurückziehung der misrachistischen Exekutivemitglieder nach Ablehnung des Vertagungsbeschlusses für vollkommen unmöglich. Rabbi Berlins Persönlichkeit und Leistungskraft genießt bei uns, trotz manchem Trennenden, Hochschätzung; seinen Schritt begreifen wir aus seiner Einstellung, obwohl wir ihn sehr bedauern. Aber er konnte auf Grund persönlichster Überzeugung seine Demission vollziehen, was er ja auch bereits in einem früheren Stadium einmal getan hat. Daß aber eine ganze Fraktion, die noch nicht einmal von vornherein einheitlich zu der Frage der Kongreßverschiebung stand, unter dem Joch des Fraktionszwanges nicht nur gegen die Vertagung stimmt, sondern nach der Abstimmung, die gegen sie ausgefallen ist, ihre Mitglieder aus der Exekutive abberuft, das ist von höchster Gefahr und Bedenklichkeit. Es ist die Aufgabe und Funktion des deutschen Misrachi, dieser verhängnisvollen Entwicklung sich entgegenzustellen.... Das deutsche Zentralbüro des Misrachi hat in seiner überwiegenden Mehrheit die Überzeugung gewonnen, daß es Pflicht sei, Lazarus Barth um sein Verbleiben in der Exekutive zu bitten und damit für seine Person der Aufforderung des A.C. Folge zu leisten. Im Moment ist der Zusammenschluß aller Kräfte von höchster Bedeutung, und jede Bresche in der Mauer von Schaden. Je weiter die Reihe der Männer und Gruppen ist, die bereit sind, an der schweren Verantwortung mitzutragen, um so besser ist es für die Fortführung unserer großen, aber doch so schweren Arbeit..... „Wir hoffen,“ schließt Dr. Wolfsberg, „daß die Stellungnahme des deutschen Misrachi auch im Weltmisrachi eine Einkehr verursachen wird, und hoffen insbesondere, daß unser Freund Lazarus Barth sich der Argumentation nicht verschließen wird, die von unserer Seite an ihn gelangt ist. Wenn die Annullierung seiner Demission auch vom gesamten Misrachi getragen sein und somit der Misrachi eine vorschnelle Entscheidung rückgängig machen würde, so wäre das für uns weniger eine Genugtuung als eine innere Freude.“

Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen englischer Regierung und Jewish Agency

London, 1. Februar. (JTA.) Die Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und der Jewish Agency dürften noch im Laufe dieser Woche wieder aufgenommen werden. Die Mitglieder der vom Aktionskomitee im November 1930 eingesetzten politischen Kommission wurden telegraphisch nach London berufen.

Neuyork, 28. Januar. (JTA.) „New York Times“ meldet aus London, daß die britische Re-

gierung demnächst eine neue, für die Juden günstigere Erklärung über Palästina herausgeben wird.

London, 28. Januar. (JTA.) Das Büro des Ministerpräsidenten hat die Jüdische Telegraphen-Agentur auf eine Anfrage dahin informiert, daß die Verhandlungen zwischen Regierung und Jewish Agency fortgesetzt werden. Die Regierung beabsichtige, zu geeigneter Zeit ein Statement hierüber zu veröffentlichen. Der Zeitpunkt dieser Veröffentlichung könne aber vorläufig nicht angegeben werden. Die Herausgabe eines neuen Berichtes über Palästina in nächster Zeit käme nicht in Frage.

Auch das Kolonialamt hat der Jüdischen Telegraphen-Agentur auf eine Anfrage mitgeteilt, daß die Veröffentlichung eines Berichtes über Palästina nicht bevorsteht.

Weizmann unterbricht seinen Urlaub

Paris, 29. Januar. (JTA.) Der Präsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency, Professor Dr. Chaim Weizmann, hat seinen Erholungsurlaub in der Schweiz abgebrochen und sich nach London begeben. Die plötzliche Abreise Weizmanns wird mit wichtigen politischen Vorgängen in London in Zusammenhang gebracht.

Erste selbständige Kampagne für die Jewish Agency in Amerika

Die amerikanische Palästinakonferenz proklamiert einen Drive zur Aufbringung von 2½ Millionen Dollar im Jahre 1931

Neuyork, 27. Januar. (JTA.) Am Sonntag, dem 25. Januar, wurde im Baltimore-Hotel zu Neuyork die amerikanische Palästinakonferenz in Anwesenheit von etwa 500 Delegierten aus allen Teilen der Vereinigten Staaten eröffnet. Den Vorsitz führte der Präsident des American Jewish Committee, Dr. Cyrus Adler. Eine Reihe von Führern der Jewish Agency hielten Ansprachen, in denen sie auf die kritische Lage des Palästinawerkes und die dringende Notwendigkeit einer sofortigen kräftigen materiellen Förderung der Aufbauarbeit hinwiesen. Es wurde beschlossen, durch einen Drive die Summe von 2½ Millionen Dollar als amerikanische Quote für die Aufbaufonds der Jewish Agency aufzubringen. Zum Leiter der Kampagne wurde Morris Rothenberg gewählt, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß das Ziel der Kampagne im Juni erreicht sein werde.

Die neue amerikanische Palästinakampagne wird die erste sein, die in Amerika von der Jewish Agency seit ihrer Bildung auf der Züricher Konferenz im August 1929 selbständig durchgeführt wird. Im Jahre 1930 wurde die Sammelaktion in Amerika gemeinsam mit dem Joint Distribution Committee durchgeführt. Das Ziel des gemeinsamen Drives war die Aufbringung von 6 Millionen Dollar, von denen 2½ Millionen für Palästinazwecke und 3½ Millionen für die Arbeit des Joint Distribution Committee hätten verwendet werden sollen. Infolge der Wirtschaftskrise konnte dieses Ziel nicht erreicht werden, es wurden insgesamt 2½ Millionen Dollar gezeichnet. Kurz vor Abschluß der Kampagne des Jahres 1930 wurde in einer Konferenz von Vertretern der Jewish Agency und des Joint Distribution Committee beschlossen, im Jahre 1931 getrennte Aktionen durchzuführen; dabei wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß es für jede der beiden Organisationen auf diese Weise möglich sein werde, in den mit ihren Zielen sympatisierenden Kreisen größere Erfolge zu erzielen.

Der Aufruf für den neuen Palästina-Drive in Amerika wurde u. a. von folgenden Persönlichkeiten unterzeichnet: Felix M. Warburg, Dr. Cyrus Adler, Dr. Lee K. Frankel, Vizegouverneur des Staates New York Herbert H. Lehman, Ehrenpräsident der Zionistischen Organisation von Amerika Richter Julian W. Mack, Vorsitzender des Administrative Committee der Zionistischen Organisation von Amerika Robert Szold, Präsident des United Palestine Appeal Richter William M. Lewis, Morris Rothenberg, Präsidentin der Hadassah Frau Edward Jacobs, früherer Präsident der Zionistischen Organisation von Amerika Louis Lipsky und Rabbi Dr. Stephan S. Wise.

*

Felix Warburg, der Präsident des Administrative Committee der Jewish Agency hat an der Konferenz nicht teilgenommen, er hat nur ein Schreiben an sie gerichtet, in dem er zur Arbeit für den Drive auffordert und eine Darstellung seiner Unterhandlungen mit der englischen Regierung nach der Veröffentlichung des Weißbuches gibt. Gleichzeitig hat Felix Warburg jedoch die Leitung des Joint Drives für die Zwecke des Hilfs- und Aufbauwerkes in Osteuropa übernommen. Das hat auf weite Kreise der zionistischen Organisation in höchstem Maße verstimmend gewirkt; man hatte überall angenommen und durfte das wohl auch, daß der Präsident des Administrative Committee der Jewish Agency sich vor allem der Arbeit für den Palästinaaufbau widmen werde. Im Augenblick kann noch nicht übersehen werden, ob nicht die Haltung Warburgs weittragende Folgen nach sich ziehen wird. Der „Dawar“, das palästinensische Arbeiterorgan, schreibt: Die zionistische Bewegung werde, falls die Dinge so weiter gehen sollten, die Frage zu klären haben, welche Vorteile sich für den Palästinaaufbau durch die Erweiterung der Jewish Agency ergeben haben. Bei der Erweiterung der Jewish Agency habe man nicht damit gerechnet, daß Warburg seine Arbeitskraft nur dem Joint widmen und Weizmann gleichzeitig die Last der politischen und die der finanziellen Arbeit für den Palästinaaufbau zu tragen haben werde.

Der polnische Sejm beschließt die Abschaffung der gesetzlichen Beschränkungen gegen die Juden

Ein historisches Ereignis für das polnische Judentum

Warschau, 28. Januar. (JTA.) Der polnische Sejm behandelte in seiner gestrigen Sitzung als ersten Punkt der Tagesordnung das Gesetzprojekt betreffend Abschaffung der noch aus der Zarenzeit stammenden gesetzlichen Beschränkungen gegen die jüdische Bevölkerung. Saal und Galerien waren voll besetzt. Der Referent der juridischen Kommission, Deputierter Jeszke, beantragte die Annahme des Regierungsentwurfes und die Ablehnung der Verbesserungsvorschläge des jüdischen Klubs. Es handele sich, sagte er, um ein Gesetzprojekt zur Verwirklichung jener Bestimmung der Verfassung der polnischen Republik, die die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz zum Inhalt hat.

Deputierter Dr. Sommerstein, der Sprecher des jüdischen Klubs, gab einen Überblick über die bisherigen Bemühungen zur Abschaffung der gesetzlichen Beschränkungen gegen die Juden. Alle Anträge, die der jüdische Klub in den drei vorangegangenen Legislaturperioden des polnischen Sejm eingebracht hat, kamen nicht zur endgültigen Er-

ledigung, so daß noch bis zum heutigen Tag mittelalterlich anmutende Beschränkungen der bürgerlichen Rechte der jüdischen Bevölkerung in Geltung seien. Der Redner begründete die Verbesserungsvorschläge des jüdischen Klubs und betonte, daß im Sinne der Konstitution alle jene Beschränkungen, die hinsichtlich der Rasse, Sprache, Nationalität oder des Glaubens einzelner Gruppen von Bürgern bestehen, ausnahmslos abgeschafft werden müssen. Der jüdische Klub erhebt darum die Forderung, daß in dem neuen Gesetzobjekt unzweideutig ausgesprochen werden soll, daß alle jene Verordnungen und Vorschriften, die sich auf die erwähnten Beschränkungen stützen, null und nichtig sind. Es handelt sich hier nicht nur um die Erfüllung einer konstitutionellen Pflicht gegenüber der jüdischen Bevölkerung, sondern auch um die Ehre des polnischen Staates, für den es ein Makel ist, daß alte zarische und (aus der Zeit der deutschen Okkupation) kaiserliche Gesetze noch in der heutigen Republik in Geltung seien.

Deputierter Sommerstein erklärte, auch wenn der Sejm die Regierungsvorlage annimmt, werden die Juden ihren Kampf fortsetzen nach der Richtung, daß alle Vorschriften der Konstitution bezüglich der Rechte der Juden als Bürger und als einer Minderheit verwirklicht werden. Bis jetzt sind mehrere Bestimmungen der Konstitution, die sich auf das Schulwesen, die religiösen Gemeinden, das Recht auf Arbeit beziehen, leider mit Bezug auf die Juden auf dem Papier geblieben. Die Juden fordern die Anerkennung ihrer Rechte, der jüdische Klub wird seinen Kampf solange fortsetzen, bis diese Rechte durchgeführt sein werden.

In der darauffolgenden Aussprache forderte der Nationaldemokrat Jaswinsky die Rückverweisung des Gesetzes an den Ausschuß. Der Geistliche Czau (Regierungspartei) begrüßte das Projekt, das nicht nur die Beschränkungen gegen die Juden, sondern auch diejenigen gegen die katholische Kirche aufhebt. Der jüdische Deputierte der Regierungspartei, Münzberg, dankte der Regierung dafür, daß sie das Gesetz dem Sejm unterbreitet hat.

Bei der Abstimmung wird das Regierungsprojekt mit großer Mehrheit angenommen. Die Verbesserungsvorschläge des jüdischen Klubs werden abgelehnt. Angenommen wird nur der Verbesserungsvorschlag, der die Gleichberechtigung der hebräischen und der jiddischen Sprache im öffentlichen Leben ausspricht.

Tagung der Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände

Berlin, 2. Februar. (JTA.) (Amtlich.) Nach einer etwa halbjährigen Pause trat die Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände des Deutschen Reiches am 1. Februar 1931 in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Vertreten waren fast alle angeschlossenen Verbände; den Vorsitz führte der Präsident des Preußischen Landesverbandes, Kammergerichtsrat Leo Wolff. Die Verhandlungen hatten zum Teil vertraulichen Charakter und betrafen entsprechend dem Geschäftskreis der Arbeitsgemeinschaft solche Angelegenheiten, die für alle deutschen Juden von Bedeutung sind.

Wie der Vorsitzende einleitend mit dem Ausdruck des Bedauerns feststellte, konnte eine Aussprache über die Schaffung eines Reichsverbandes nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, weil mit Rücksicht auf die im Preußischen Landesverband inzwischen erfolgten Neuwahlen es in der verflossenen Zeit nicht möglich war, die von diesem Verbande zu leistenden Vorarbeiten genügend zu fördern.

Eine eingehende Besprechung, an der sich die Vertreter aller Landesverbände beteiligten, wurde dem gegenwärtigen Stand der Schächtfrage gewidmet. Mit den von dem Rate des Preußischen Landesverbandes am 11. Januar 1931 gefaßten Beschlüssen erklärte sich die Reichsarbeitsgemeinschaft einverstanden. In dem zusammen mit dem Büro für Schächtangelegenheiten und dem Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zu bildenden Komitee wird sich der Preußische Landesverband zugleich als Geschäftsführer der Reichsarbeitsgemeinschaft an den Beratungen und Entschließungen über die zu treffenden Maßnahmen beteiligen.

Der Preußische Landesverband hat beschlossen, die von mehreren Stellen eingeleiteten Schritte, um den durch die geplante Reform des Kalenders für die Erhaltung des Sabbats drohenden Gefahren zu begegnen, zu unterstützen. Dieser Beschluß wurde gutgeheißen und zugleich ein besonderer Ausschuß eingesetzt, der sich mit den einschlägigen Fragen beschäftigen soll.

Sehr eingehend wurde die Ausgestaltung und Neuordnung des Religionsunterrichtswesens und die Schaffung von geeigneten Lehrbüchern behandelt. Es wurde allseitig anerkannt, daß auf diesem Gebiete grundlegende Änderungen nötig sind. Der früher von der Arbeitsgemeinschaft eingesetzte Ausschuß wurde beauftragt, seine Arbeit unter Zuziehung von Fachgelehrten fortzusetzen und vor allem auch die allgemeinen Bedingungen und Richtlinien für die Ausarbeitung der Lehrbücher festzulegen.

Anschließend an frühere Beratungen wurden die bisherigen Ergebnisse der von dem Preußischen Landesverbande zur Linderung der jüdischen Wirtschaftsnot getroffenen Maßnahmen besprochen.

Die Erhaltung des in Marburg bestehenden Heilerziehungsheims, welches aus Mangel an Mitteln gefährdet ist, soll dadurch gewährleistet werden, daß die mit der Reichsarbeitsgemeinschaft vereinigten Landesverbände sich gemäß den vor einiger Zeit an Ort und Stelle getroffenen Vereinbarungen mit angemessenen Beiträgen beteiligen.

Abgesehen von der Behandlung einiger besonderer Angelegenheiten wurde endlich noch über die schwierigen Verhältnisse in den kleinen Landesverbänden, insbesondere in Oldenburg, beraten. Der Preußische Landesverband wurde mit den Vorarbeiten für die Errichtung eines Hilfsfonds für notleidende Landesverbände beauftragt und ersucht, die erforderlichen Schritte sofort einzuleiten.

Die Versammlung, welcher ein außerordentlich reiches Material zur Beschlußfassung unterbreitet war, wurde nach zehnstündiger Dauer erst in den Abendstunden geschlossen.

Landesverbände und Abwehr

Berlin, 2. Februar. (JTA.) Wie wir nichtamtlich, aus Kreisen der Teilnehmer an der Beratung, erfahren, wurde auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände ein Antrag des Provinzialverbandes Schleswig-Holstein erörtert, der die Übernahme der Abwehrarbeit durch die Gemeinden und Gemeindeverbände betraf. Die Arbeitsgemeinschaft der süddeutschen Landesverbände hatte zu dieser Frage in einem Schreiben Stellung genommen, dessen wesentlichster Gesichtspunkt der war, daß, wenn auch nicht allgemein, so doch in besonderen Fällen, einzelne Landesverbände oder die Reichsarbeitsgemein-

schaft (in deren Auftrage der Preußische Landesverband handelt) Abwehrarbeit in dem Sinne leisten, daß sie jüdische Interessen gegenüber Behörden in diesem Sinne vertreten. Nachdem die Reichsarbeitsgemeinschaft in diesem Sinne beschlossen hatte, wurde der von dem Vertreter Lübecks begründete Antrag des Provinzialverbandes Schleswig-Holstein zurückgezogen.

Das Judentum im „Dritten Reich"

München, 28. Januar. Der gesetzgeberische Berater der Nationalsozialisten, Gerhard L. Binz, veröffentlicht im „Völkischen Beobachter" unter der Überschrift „Das Judentum in der nationalsozialistischen Rechtsordnung" einen Aufsatz, in dem er die Judengesetze des „Dritten Reiches" fixiert. Er schickt voraus, daß es eine Judenfrage für den Nationalsozialismus an sich nicht gibt, da in den Reihen der Nationalsozialisten bereits Gewißheit besteht über die Todesgefahr, die dem deutschen Volke „durch den Einbruch des rassestarken, alles überwuchernden, artfremden jüdischen Volkes droht". In den ersten Jahren nach dem Weltkrieg wurden in einer zwar begreiflichen, aber von wenig Zielsicherheit zeugenden Gefühlspolitik heraus Vorschläge laut, wie etwa jener von der gewaltsamen Verfrachtung aller Juden nach Palästina und ähnliche gutgemeinte Phantastereien. Der Nationalsozialist hat sich längst daran gewöhnt, nach klaren Erkenntnissen zu suchen, um praktische Wege zur bestmöglichen Lösung der Sonderfrage zu finden.

Ausgangspunkt für jede nationalsozialistische Erörterung des jüdischen Komplexes, doziert Binz, ist Ziffer 4 des Parteiprogramms, wonach „kein Jude Volksgenosse sein kann". Die einwandfreie Charakterisierung eines Menschen als „Jude" ist nach kurzer Prüfung möglich. Schwieriger erscheint die Bestimmung dort, wo jüdische Volksart in nichtjüdische Elemente eingebrochen ist und zu einer gewissen Vertarnung des jüdischen Rassenbestandteils geführt hat. Hier müssen Erhebungen, etwa in der Form eines Aufgebotverfahrens, der Prüfung der beiderseitigen Eltern und Großeltern, angestellt werden. Weiter zurückliegende Vermischungen müssen dem natürlichen Aufsaugungsprozeß überlassen bleiben in der Hoffnung, daß eben von früher her vorhandene jüdische Restbestandteile allmählich absorbiert werden. Jeder, bei dem jüdische Blutsbestandteile festzustellen sind, kann nicht Volksgenosse sein. Zunächst muß dem weiteren Einbruch des Judentums in den deutschen Volkskörper ein sofortiges Halt geboten werden. Strenger Strafschutz gegen Rassenvermischung, Verlust der staatsbürgerlichen Rechte auch für den beteiligten Volksgenossen werden ihre Wirkung tun. Der Einfluß des Judentums in der inneren und äußeren Politik, in der Wirtschaft, im Kulturleben, in der Presse und im Lehrkörper ist als tötlich erkannt und fordert eine planmäßige Ausschaltung. Hier darf auch auf rückwirkende Maßnahmen nicht verzichtet werden. Die Gesamtheit aller festgestellten jüdischen Persönlichkeiten unterliegt als artfremder Volksteil den für völkische Minderheiten angemessenen Sonderbestimmungen. Das Endziel ist gegeben im Programm der N.S.D.A.P.: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Wer nicht Staatsbürger ist, soll als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen."

Vorgeschlagen ist eine grundsätzliche Einteilung aller Reichsangehörigen in deutsche Volksgenossen und in Reichsinsassen. Jeder Reichsangehörige, ob Deutscher oder Jude, ist nach außen hin der Gewalt und dem Schutze des Reiches unterstellt, während im Innenverhältnis eine sichtbare Abstufung der staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Position Platz greift. Die Gleichstellung nach außen wird geeignet sein, den hauptsächlichsten Vorwand für mögliche Repressalien seitens der Weltjudenheit wenigstens formell auszuschalten. Die Erhebung des Juden zum Reichsinsassen hätte zunächst eine Beschränkung der rein staatsbürgerlichen Rechte zur Folge. Insbesondere also das aktive und passive Wahlrecht zu den politischen Körperschaften würde in Wegfall kommen. An den allgemeinen Wohlfahrtseinrichtungen würde die jüdische Minderheit teilnehmen, insoweit dies ohne Beeinträchtigung deutscher Volksgenossen möglich ist. Wehrdienste kämen für Reichsinsassen nicht in Frage, in der Kriegszeit könnten sie zum Arbeitsdienst ohne Waffe herangezogen werden.

Von Fall zu Fall müßten durch einfaches Reichsgesetz für bestimmte Kategorien von Reichsinsassen, also auch für die Juden, die Freizügigkeit, die Gewerbefreiheit, die Vereins- und Versammlungsfreiheit, das Recht zum Besuch von nicht aus eigenen Mitteln unterhaltenen Schulen oder zur Herausgabe, Leitung oder Herstellung von periodischen, in deutscher Sprache vervielfältigten Zeitschriften, ebenso das Recht zum Erwerb von Grundstücken bestimmten Einschränkungen unterworfen werden.

Die Vorstellungen vom „Dritten Reich" sind im allgemeinen nicht eben klar; in bezug auf die Stellung der Juden allerdings lassen sie Klarheit wirklich nicht vermissen — wenn das Dritte Reich kommt, dann geht es ihnen schlecht. Siehe die obigen Pläne, zu deren Verwirklichung man ja sicher schreiten würde, hätte man nur erst die Macht ergriffen und zwar schon deshalb, weil auf allen wirtschaftlichen und politischen Gebieten Erfolge, wenn überhaupt, viel schwerer zu erzielen sind; die Juden zu entrechten könnte den Mannen vom Dritten Reich gewiß am leichtesten gelingen. Und wenn es dabei einen Trost gibt, so kann es nur der sein, daß im Dritten Reich nicht allein die Juden entrechtet wären, sondern die große Majorität des deutschen Volkes, die eben darum Herrn Hitler die Macht nicht kampflos überlassen wird. Am bedauerlichsten wären freilich nicht einmal die Juden, sondern diejenigen Deutschen, bei denen eine hochnotpeinliche Untersuchung auf jüdische Rassenbestandteile durchzuführen wäre — dabei würden peinliche Überraschungen auch in gut völkischen und nationalen Kreisen nicht ausbleiben, wie folgende Meldung beweist.

Berlin, 29. Januar. (JTA.) Der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei und frühere Chef der Reichswehr, Generaloberst a. D. v. Seeckt, hat bekanntlich die Frage der „D.A.Z.", ob man die Hitlerpartei in die Regierungskoalition aufnehmen solle, mit einem „aufrichtigen Ja" beantwortet. In der „Reichsbanner-Zeitung" nimmt der ehemalige Major des Generalstaubs Karl Mayr das Wort, um sich scharf gegen Seeckts Stellungnahme zu wenden, die ihm insbesondere auch wegen Seeckts halbjüdischer Abstammung unverständlich erscheint.

Mayr schreibt u. a.: „Judenhaß, Rassenhaß, Verunglimpfung unserer jüdischen Frontkameraden ist und bleibt der Grundzug, der sich im Schrifttum und mündlicher Propaganda der Nazis ausspricht. Wie eine Fährte von moralischem Schmutz zieht sich durch Deutschland, und nirgends sonst auf der Erde, die Reihe der entweihten Gräber und jüdischen Ruhestätten.... Gerade Seeckts Familie

ist aber zu 50 Prozent jüdischer Herkunft! Wie vermag es daher ein Mann von Charakter mit Manneswürde zu vereinbaren, heute dem mit Hakenkreuz geschmückten Geßlerhut seine Reverenz zu erweisen."

„Schmeißt die Juden raus!"

Berlin, 1. Februar. (JTA.) Die „Frankfurter Zeitung" schreibt: „Schmeißt die Juden raus!", so hatten zielbewußte Schreier bei der Berliner Reichsgründungsfeier im Sportpalast gerufen. Die Deutschnationalen versammelten an diesem Abend ihre rein-arischen Mannschaften, es sprachen Hugenberg und Hofprediger Doehring, die Begeisterung war groß, kein marxistischer Bazillus war anwesend, kein römischer und, selbstverständlich, kein jüdischer. Und doch: die Versammlung war nicht völlig judenrein. Man weiß, wie sies machen: hintenherum drängeln sie sich ein. Diesmal versuchten sie das Gehirn des Herrn Doehring. Es passierte ihm, daß er im Hochgefühl seiner Rede zur Verherrlichung Wilhelm II. mit prachtvollem Pathos deklamierte:

„Dann reitet mein Kaiser wohl über mein Grab,
Viel Schwerter klirren und blitzen;
Dann steig' ich gewappnet hervor aus dem Grab,
Den Kaiser, den Kaiser zu schützen."

Die Hörer waren begeistert. Heine lächelte im Olymp. Der fluchwürdige Bazillus hatte wieder einmal sein Werk getan und in diesem Falle eine ganze Versammlung infiziert.

Aus der jüdischen Welt

Die 98. Friedhofsschändung

Berlin, 29. Januar. (JTA.) Am vergangenen Sonntag wurde auf dem jüdischen Friedhof zu Klein-Krotzenburg eine grobe Schändung festgestellt. Sieben Grabsteine sind umgestürzt und einer davon ist schwer beschädigt worden. Da nicht anzunehmen ist, daß eine einzelne Person eine solche Tat vollbracht haben kann, müssen wohl mehrere Täter in Frage kommen, die die sehr hohe Friedhofsmauer überklettert und das Zerstörungswerk vollbracht haben. Es läßt sich nicht einmal mehr genau feststellen, wann die Tat geschah. Vor einigen Jahren ist im Friedhof zu Kleinkrotzenburg ein ähnlicher Frevel vorgekommen. Damals stellte sich heraus, daß die Tat von Schulkindern verübt worden war. Die Polizei ist um die Aufklärung der neuen Schändung eifrig bemüht.

Völkische Synagogenstürmer mit Gefängnis bestraft

Berlin, 29. Januar. (JTA.) Das Schöffengericht in Essen verhandelte gegen fünf völkische Jünglinge, die im Oktober 1930 während eines Morgengottesdienstes in einer Essener Synagoge im Gänsemarsch in die Synagoge eindrangen, durch Lärm eine Unterbrechung des Gottesdienstes erzwangen und den Lehrer Buchheim, der sie aus dem Betraum wies, so mißhandelten, daß er vier Wochen krank darniederlag. Der Kantor wurde gleichfalls erheblich verletzt. Unter fortgesetzten Rufen: „Juda, verrecke!" — während einer der Eindringlinge sein Messer an den steinernen Treppenstufen wetzte — verließen die Rowdys das Gotteshaus. Das Gericht verurteilte den Haupttäter zu fünf, einen anderen zu vier und die drei übrigen Angeklagten zu je zwei Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung bezeichnete der Vorsitzende die Täter als „Lümmels".

14 Leutershauser Juden verklagen den „Stürmer"-Redakteur Holz

Berlin, 30. Januar. (JTA.) Unter der Überschrift „Die Kipperjuden von Leutershausen" brachte der „Stürmer" in Nürnberg einen Artikel, in dem er über die Juden des kleinen fränkischen Städtchens Leutershausen ungeheuerliche Beschimpfungen ausgoß; er nannte sie „Bauernschlächter und Frauenschächter", „Eine Bande gaunerisch aussehender Menschen". Die betreffende Nummer des „Stürmer" wurde durch Sturmtrupps in Leutershausen und Umgebung von Haus zu Haus verteilt. In der ganzen Gegend wurde eine solche Stimmung gegen die Juden erregt, daß sie sich kaum mehr aus dem Haus trauen konnten. In dieser Sache haben vierzehn jüdische Einwohner von Leutershausen gegen Holz Beleidigungsklage angestrengt. Das Amtsgericht verurteilte ihn zu vierzehn Tagen Gefängnis. Holz legte Berufung ein, das Landgericht erklärte aber seinen Wahrheitsbeweis als mißlungen. Gleichwohl rechnete es ihm als Milderungsgrund an, daß er irregeführt worden sei und aus fanatischer Überzeugung handle, und legte ihm statt einer Freiheitsstrafe eine Geldstrafe von 600 M. auf. Das Gericht sah eine Kollektivbeleidigung als vorliegend an, zu deren Verfolgung jeder Jude von Leutershausen berechtigt war.

August Rohling, der Nestor der deutschen Antisemiten, gestorben

Der entlarvte Urheber zahlreicher antisemitischer Fälschungen

Wien, 27. Januar. (JTA.) Im Alter von 92 Jahren verstarb heute in Wien Professor August Rohling, der älteste unter den Führern des Antisemitismus in Deutschland, wohl der erste, der es unternahm, den Antisemitismus „wissenschaftlich" zu fundieren und so Ideal und Vorbild aller antisemitischen Fälscher von heute geworden ist.

August Rohling wurde 1839 in Neukirchen geboren, wurde später Theologieprofessor an der Universität Münster und 1881 an die Prager deutsche Universität berufen. Schon in Münster begann er eine hetzerische antisemitische Tätigkeit. 1871 ließ er dort seinen berüchtigt gewordenen „Talmudjuden" erscheinen. Die Schrift wurde in Zehntausenden von Exemplaren verbreitet, ein Neudruck erschien 1924. Der „Talmudjude" ist ein Pamphlet, das den Nachweis erbringen will, daß „der Jude von Religions wegen die Andersgläubigen physisch und moralisch, heimlich oder offen zu verderben befugt ist". Der vor einigen Jahren verstorbene einstige Abgeordnete des österreichischen Reichstags Dr. Josef Bloch, damals Rabbiner in der Wiener Vorstadtgemeinde Florisdorf, stellte öffentlich die Behauptung auf, daß Rohling nicht in der Lage ist, auch nur eine Seite des Talmuds zu übersetzen und daß er die Gerichte durch falsche Angaben hintergangen habe. Im Verlaufe der von ihm gegen Bloch angestrengten Prozesse erklärte sich Rohling bereit, vor dem Gerichtshof in Lemberg zu beeiden, daß die jüdische Religion den Ritualmord kenne. Bloch veröffentlichte in der Tagespresse Erklärungen, in denen er Rohling des Meineids und der Lüge bezichtigte. Es kam daraufhin wieder zu einem Prozeß, in dem die angesehensten Orientalisten, wie Noeldeke, Wünsche, Franz Delitzsch, gegen Rohling als Gutachter auftraten und ihm Ignoranz und bewußte Fälschungen nachwiesen. Unmittelbar vor der Schlußverhandlung des durch zwei Jahre sich hinziehenden Prozesses trat Rohling von der Anklage zurück und war damit vor aller Welt als Ignorant und Meineidiger ge-

brandmarkt. Das Unterrichtsministerium legte ihm daraufhin nahe, auf seine Professur zu verzichten. Nach längerem Sträuben mußte sich Rohling schließlich dazu verstehen, seine akademische Würde niederzulegen. Er betätigte sich dann noch viele Jahre lang in der antisemitischen Bewegung Österreichs und Deutschlands. Ungeachtet der Ergebnisse des Prozesses gegen Dr. Bloch, die für Rohling vernichtend waren, liefern Rohlings Schriften bis heute den Antisemiten das „wissenschaftliche" Rüstzeug gegen die Juden. Sein treuester Schüler in Deutschland ist der Leipziger „Hammer"-Herausgeber Fritsch.

Rohling war vor einer Reihe von Jahren in den Hintergrund getreten, er lebte in Salzburg und in Wien. In den letzten Jahren war er schwachsinnig geworden. Er starb in Not und Elend.

Protestkundgebung der Internationalen Liga gegen den Antisemitismus in Paris

Paris, 21. Januar. (JTA.) Die französische Abteilung der Internationalen Liga zur Bekämpfung des Antisemitismus veranstaltete eine Protestkundgebung gegen den internationalen Antisemismus, an der weit mehr als 4000 Personen teilnahmen. Den Vorsitz führte der bekannte Schriftsteller Bernard Lecache. Ansprachen hielten der ehemalige Ministerpräsident Edouard Herriot, die Deputierten Frossard und Marc Sangnier, der berühmte Schriftsteller Henri Barbusse, der Geistliche Vergare als Vertreter der französischen Protestanten, der deutsche Schriftsteller Walther Mehring und, im Namen der französischen Juden, Grand Rabbin Israel Levi. Der Ehrenpräsident der Liga, Albert Einstein, sandte aus Amerika telegraphisch einen Gruß an die Versammlung, der mit großem Jubel aufgenommen wurde.

Sämtliche Redner verdammten auf das Schwerste den Versuch des internationalen Antisemitismus, die Völker gegeneinander und alle gegen das Judentum zu hetzen. Besonders scharf wurde gegen die antisemitische Hetze in Rumänien und die Umtriebe der Nationalsozialisten in Deutschland protestiert. Die Redner appellierten an den Völkerbund, energische Maßnahmen gegen diese Bewegungen, die die Annäherung der Völker aneinander verhindern, den Frieden gefährden und neue Kriege vorbereiten, zu ergreifen. Großrabbiner Israel Levi wies insbesondere darauf hin, daß ein Staat wie Rumänien, der auf internationale Unterstützung durch die Finanzwelt angewiesen ist, es sich nicht gestatten dürfe, der Barbarei des Antisemitismus in seinem Lande freien Spielraum zu gewähren. Walther Mehring gab den Rat, Deutschland durch Milderung der internationalen Lasten dazu zu verhelfen, die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftsnot zu lindern; dadurch würde dem Antisemitismus der Boden entzogen sejn.

Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der gegen die judenfeindliche Bewegung in Algerien, und die antijüdischen Exzesse in Rumänien Stellung genommen wird. Die Entschließung enthält eine Botschaft an das deutsche Volk mit der Aufforderung, es möge seine Freiheit gegen Hitler verteidigen. Die Resolution schließt mit den Worten: „Es lebe die Annäherung der Völker! Es lebe der Frieden!"

Einzelne Royalisten versuchten, die Versammlung durch Zwischenrufe zu stören, sie wurden aber rasch aus dem Saale entfernt.

Zweite Tagung der mitteleuropäischen Arbeitsgemeinschaft für jüdische Wandererfürsorge

Prag, 30. Januar. (JTA.) Am 25. Januar begann in Prag die zweite Tagung der mitteleuropäischen Arbeitsgemeinschaft für jüdische Wanderfürsorge unter Beteiligung von Vertretern der jüdischen Gemeinden Berlin, Wien, München, Linz, des Obersten Rates der jüdischen Gemeinden in der CSR, der Kultusgemeindeverbände von Böhmen, Mähren und Schlesien und zahlreicher tschechoslowakischer Vertreter. Nach den Begrüßungen und Verlesungen von Zustimmungskundgebungen aus Warschau und Budapest werden Justizrat Strauß (München), Oberinspektor Slonitz (Prag) und Reg.-Rat Dr. Wiesmeyer (Prag) ins Präsidium gewählt. Justizrat Strauß erstattete Bericht über die Fortschritte, die in der internationalen Regelung der Wanderfürsorge in den letzten Jahren zu verzeichnen sind. Adler-Rudel (Berlin) machte ausführliche Darlegungen über die Situation in jenen Ländern, aus denen früher mehr als 200 000 Juden jährlich nach Amerika auswandern konnten, sowie über die Siedlungs- und Erwerbsverhältnisse der Juden. Dr. Kreutzberger (Berlin) berichtete über den organisatorischen Ausbau der Arbeitsgemeinschaft, über die Zusammenarbeit mit OSE-HIAS-EMIGDIRECT, sowie über die Möglichkeiten einer Auswanderung nach Ländern, in denen derzeit keine Arbeitslosigkeit herrscht. Er gab weiter Aufschlüsse über die Rückwanderung von Arbeitern aus jenen Ländern, in welchen sie während der ersten Nachkriegsjahre beim Wiederaufbau Erwerb gefunden haben. Es folgten Berichte über den Stand der Wanderfürsorge in Deutschland (Dr. Kreutzberger), Österreich (Engel), Tschechoslowakei (Slonitz). Die Ergebnisse der Beratung wurden in Resolutionen zusammengefaßt. Die Arbeitsgemeinschaft selbst erhält durch ein Statut eine feste Form. Die Arbeitsgemeinschaft soll ausgebaut werden und sich auch auf die übrigen europäischen Länder erstrecken. Die Prager Fürsorgezentrale wurde beauftragt, den Anschluß der slowakischen und karpathorussischen Gemeinden an die Arbeitsgemeinschaft in die Wege zu leiten. Die Verhandlungen mit den anderen Ländern wird die Berliner Zentrale führen.

Ein jüdischer Soldat im Dienste zu Tode mißhandelt

Warschau, 26. Januar. (JTA.) In einem Prozeß vor dem Warschauer Kreisgericht kam ein besonders krasser Fall von Mißhandlung eines jüdischen Soldaten im Dienste zur Verhandlung. Im Jahre 1928 wurde der Jude Schlome Ossowski trotz körperlicher Untauglichkeit zum Militärdienst eingezogen. Obwohl Ossowski nach kurzer Zeit infolge der Strapazen des Dienstes erkrankte, wurde er von dem ihm unmittelbar vorgesetzten Unteroffizier unter unglaublichen Mißhandlungen gezwungen, auch weiterhin die schwersten Übungen mitzumachen. Schließlich brach er zusammen und wurde ins Lazarett eingeliefert, wo er nach kurzer Zeit den Folgen der erlittenen Mißhandlungen erlag. Die militärärztliche Obduktion stellte bei dem Verstorbenen schwerste Verletzungen und ein fortgeschrittenes Lungenleiden fest. Die schuldigen Unteroffiziere waren von der Militärbehörde seinerzeit im Disziplinarwege mit unbedeutenden Strafen belegt worden.

Die Mutter des Verstorbenen, Chaja Ossowski, hat nunmehr gegen die Unteroffiziere und die polnische Militärverwaltung eine Schadenersatzklage auf Erstattung von 38 000 Zloty angestrengt. Die einvernommenen Zeugen brachten erschütternde Einzelheiten aus der Leidensgeschichte des zu Tode mißhandelten jüdischen Soldaten zur Kenntnis des Gerichtes. Der Prozeß wurde vertagt.

Kein Jude im polnischen Post- und Telegraphendienst

Warschau, 26. Januar. (JTA.) In der Budgetkommission des polnischen Sejm erhob der jüdische Abgeordnete Rosmarin im Verlauf der Debatte über das Postbudget die Forderung, daß auch jüdische Beamte im polnischen Post- und Telegraphendienst angestellt werden mögen. Kein einziger Jude finde heute Verwendung im Post- und Telegraphenwesen.

In seiner Entgegnung wies der Minister für Post- und Telegraphenwesen darauf hin, daß es einen jüdischen Postbeamten, und zwar in Czortkow (Ostgalizien) gebe. Der Minister gab die Versicherung ab, daß sich die Postverwaltung bei der Anstellung von Beamten nicht von religiösen oder nationalen Erwägungen leiten lasse. (Es ist bekannt, daß in Galizien unter der alten österreichischen Regierung Tausende Juden im Post- und Telegraphenwesen angestellt waren. Die Red.)

Die Juden an den Hochschulen Sowjetrußlands

Moskau, 1. Februar. (JTA.) Wie aus einer von der Sowjetregierung veröffentlichten Statistik hervorgeht, bilden die jüdischen Hörer einen hohen Prozentsatz an den höheren Schulen Sowjetrußlands. Insbesondere ist ein Andrang von jüdischen Hörerinnen zu den Hochschulen festzustellen. In den medizinischen und pädagogischen Fakultäten bilden jüdische Studentinnen mitunter mehr als die Hälfte der gesamten Hörerschaft.

Neuerdings wird von den jüdischen Studenten das Studium der Volkswirtschaft dem der Medizin vorgezogen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß akademisch gebildete Volkswirte eher eine staatliche Anstellung in Moskau und in anderen großen Zentren erlangen können als Ärzte, für die gegenwärtig nur in den vom Zentrum entfernteren Teilen der Sowjetrepublik Anstellungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Eröffnung der palästinensisch-polnischen Immigrationsbank

Jerusalem, 23. Januar. (JTA.) In Tel-Awiw wurde die palästinensisch-polnische Immigrationsbank eröffnet. Für das Stammkapital der Bank haben die polnische Regierung 10 000 Pfund, die jüdische Gemeinde Warschau 1200 Pfund, die jüdische Gemeinde Lodz 500 Pfund und eine Reihe von Handelsfirmen in Polen größere Beträge gezeichnet. Das eingezahlte Kapital der Bank beträgt 10 000 Pfund und soll auf 100 000 Pfund erhöht werden. Dem Verwaltungsrat gehört der polnische Handelsattachee in Palästina, der frühere Abgeordnete Dr. Hausner, an.

Vor einiger Zeit hat die polnische Regierung erklärt, es würde jüdischen Gemeindebudgets, die Beiträge für palästinensische Institutionen enthalten, die staatliche Genehmigung verweigert werden. Auf Intervention einer Delegation der palästinensisch-polnischen Bank ist nunmehr die Regierung von diesem Standpunkt abgegangen.

Beduinen stören jüdische Kolonisten bei der Feldarbeit

Jerusalem, 25. Januar. (JTA.) In El Karmel bei Haifa verhaftete die Polizei 15 Beduinen, die jüdische Kolonisten gewaltsam an der Ausführung der Feldarbeiten hindern wollten.

Eine englische Finanzkommission in Palästina
Landaufschließungsplan und Regierungsanleihe

Jerusalem, 29. Januar. (JTA.) Unter Führung des ehemaligen Sekretärs der Regierung von Indien Sir Samuel Perry O'Donnell ist in Jerusalem eine Finanzkommission eingetroffen, die die Aufgabe hat, die Gebarung der Palästina-Administration zu prüfen und die Möglichkeit von Einsparungen zu erwägen.

Auf eine Anfrage der Jüdischen Telegraphen-Agentur erklärte das Kolonialamt, es könne noch nicht gesagt werden, ob die Kommission auch eine Untersuchung über die Durchführungsmöglichkeit des vorgeschlagenen Landaufschließungsplans anstellen werde. Im Hinblick darauf, daß demnächst im Unterhause eine Debatte über die vorgeschlagene 2½-Millionen-Pfund-Anleihe für Palästina stattfinden soll, erscheint es immerhin möglich, daß sich die Kommission auch mit diesem Projekt befassen wird. Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, wird binnen kurzem ein offizielles Statement über das Arbeitsgebiet der Kommission herausgegeben werden.

Feuilleton

Das Wesen der zionistischen Politik

Soeben erschien im Kurt Vowinckel-Verlag G. m. b. H., Berlin, ein „England und Palästina" betiteltes Buch von Josef Cohn, einem Schüler des Heidelberger Nationalökonomen und Soziologen Alfred Weber, das sich zwar im Untertitel bescheiden: „Ein Beitrag zur britischen Empire-Politik" nennt, das aber darüber hinaus auch ein auf eingehende Studien gegründetes Bild der Beziehungen Englands zum Zionismus und eine Darstellung der gesamten zionistischen Politik vor allem in der Nachkriegszeit gibt. Mit freundlicher Genehmigung des Verlages geben wir aus dem Werk, das naturgemäß für jeden Zionisten besonders interessant und wichtig ist, einen das Wesen zionistischer Politik behandelnden Abschnitt wieder, gegen dessen Auffassung sich zwar aus prinzipiellen und aktuellen Gründen vieles einwenden ließe, der aber über Methode, Darstellung und Zielsetzung des Werkes hinreichenden Aufschluß gibt und sicher zur Beschäftigung mit ihm veranlassen wird.

D. Red.

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung eines seiner Eigenart entsprechenden geistig-kulturellen Zentrums in Palästina. Es soll dies auch gleichzeitig ein geistiger Mittelpunkt für das gesamte Weltjudentum darstellen, ein Kräftereservoir zur Erleichterung oder Überwindung seiner seelischen Not. Ist angesichts dieser Tatsache eine zionistische Politik überhaupt möglich, schließt nicht dieses auf irrationalen Faktoren, auf Imponderabilien beruhende Ziel jedes rationale politische Handeln aus? Diese häufig gestellte Frage wird von manchen bejaht, auch von Zionisten selbst, wie es in einem kürzlich erschienenen Artikel von Markus Reiner: „Die Biologie des Zionismus" (Zeitschrift Der Jude, Sonderheft zu Martin Bubers 50. Geburtstag) ganz deutlich zum Ausdruck gebracht wird. Als „die einzig mögliche und solide Grundlage" jeder zionistischen Politik wird hier der Messianismus bezeichnet, woraus sich dann die Konsequenz ergibt, daß „unsere eigentliche Gegenwartsaufgabe gar nicht auf dem Gebiete der Politik liegt, sondern auf einem ganz anderen, realeren, lebendigeren. Es ist die Begründung einer

menschlichen Gemeinschaft auf jenem Wege der „revolutionären Kolonisation“ (Martin Buber), die darin besteht, nicht „die bestehende Struktur umzubauen, sondern siedelnd neuen Bestand zu stiften“. Damit wären wir Pioniere ... einer wahrhaft biologischen Revolution, die darin besteht, daß die Menschheit als Gattung zum ersten Male daran geht, ihr Schicksal selbst zu gestalten, ihr Leben bewußt einzurichten, die Erde zu kolonisieren, in das Chaos Ordnung zu bringen“. So kommt dann Reiner zu seiner Konzeption des biologischen Zionismus, der im Gegensatz zu dem auf Machtstreben beruhenden politischen Zionismus steht. In dieser Ablehnung des Machtmomentes ist das spezifisch Unpolitische (oder Apolitische) des von Reiner geforderten biologischen Zionismus zu suchen. Im Mittelpunkt aller Definitionen des Begriffs „Politik und politisches Handeln“ steht der Machtfaktor, wie z. B. auch bei Max Weber, der folgende Formulierung gibt:

> „Politik würde für uns also heißen: Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt.“

Auch der Zionismus ist von einem solchen „Streben nach Machtanteil“ erfüllt; das Ziel der Schaffung eines geistig-kulturellen Zentrums durch die „Erhaltung und Regenerierung der jüdischen Volksindividualität“ ist nur mit rein politischen Mitteln zu verwirklichen. Die mit diesem Ziel verbundene „Normalisierung des jüdischen Volkes“ wie überhaupt das ganze Kolonisationswerk, in welchem sich die konstruktiven Kräfte des jüdischen Menschen offenbaren, kann nur auf Grund konkreter, eben realpolitischer Mittel gestaltet, vergrößert und vollendet werden. In diesem Sinne liegen auch alle Faktoren eines Systems der Politik und des politischen Handelns, wie es z. B. v. Eckardt (in seinem Buch: „Grundzüge der Politik“) entwickelt, der zionistischen Politik zugrunde, mit einer entscheidenden Ausnahme. Zu den Mitteln und Inhalten zionistischer Politik gehört nicht der Faktor der Gewalt der von Max Weber als das „spezifische Mittel“ jedes politischen Verbandes bzw. Staates bezeichnet wird. Selbst wenn der „zionistische politische Verband“ (die zionistische Organisation bzw. die Jewish Agency) die Möglichkeit physischer Gewaltsamkeit zur Durchführung ihrer Ziele besitzen würde, was nicht der Fall ist, würde sie auf dieses Mittel unter allen Umständen verzichten, weil die zionistische Politik (wie überhaupt die ganze zionistische Konzeption) ihrem innersten Wesen nach auf Gerechtigkeit, Toleranz und Loyalität beruht. Die zionistische Position wäre erschüttert, der politische Zionismus würde sich selber aufheben, wenn er diese beiden Forderungen (der Gerechtigkeit und Loyalität), die er für sich in Anspruch nimmt, anderen gegenüber nicht gelten lassen wollte. Diese grundlegende Erkenntnis bestimmt und beherrscht in entscheidender Weise die Richtung der ganzen offiziellen zionistischen Politik — wie z. B. die Haltung in der Araberfrage, worauf wir noch näher zu sprechen kommen werden. Die zionistische Politik erfüllt in besonderem Maße auch eine andere — entscheidende — Voraussetzung des politischen Handelns, das von Karl Mannheim so umschrieben worden ist:

> „Politisches Handeln zielt ab auf Staat und Gesellschaft, sofern diese noch im Werden begriffen sind. Das politische Handeln geht auf das Schöpferische im Augenblick, um aus den strömenden Kräften Bleibendes zu gestalten.“

Es handelt sich hier um die Tätigkeit der schöpferischen Führerpersönlichkeit, des Staatsmannes — einer der fundamentalsten Kräfte jeder Politik —, dessen „Handeln erst dort beginnt, wo der noch nicht rationalisierte Spielraum anfängt, wo nicht regulierte Situationen zur Entscheidung zwingen“, wo die „Realkenntnisse, die man brauchen kann“, von sekundärer Bedeutung sind. Der vollendetste Repräsentant der zionistischen Weltpolitik ist Dr. Chajim Weizmann — der große jüdische Staatsmann, der seit nunmehr fünfzehn Jahren an der Spitze der Organisation steht. Er war und ist heute noch der leitende und verantwortliche Kopf während der neuesten (mit dem Ausbruch des Krieges einsetzenden) und so entscheidenden wie auch erfolgreichen Periode in der Entwicklung des politischen Zionismus, die wir in den vorangegangenen Kapiteln ausführlich dargestellt haben, und die vielleicht gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt mit der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung einer expansionsfähigen Basis in Palästina ihrem Ende entgegengeht. Dr. Weizmann verkörpert (man kann sagen in paradigmatischer Form) jenen Typ des wahren Politikers, wie ihn Max Weber in seiner Rede: „Politik als Beruf“ so charakterisiert hat:

> „Man kann sagen, daß drei Qualitäten vornehmlich entscheidend sind für den Politiker: Leidenschaft — Verantwortungsgefühl — Augenmaß. Leidenschaft im Sinne von Sachlichkeit: leidenschaftliche Hingabe an eine „Sache“, an den Gott oder Dämon, der ihr Gebieter ist. — Mit der bloßen, als noch so echt empfundenen Leidenschaft ist es freilich nicht getan. Sie macht nicht zum Politiker, wenn sie nicht, als Dienst in einer „Sache“, auch die Verantwortlichkeit gegenüber eben dieser Sache zum entscheidenden Leitstern des Handelns macht. Und dazu bedarf es — und das ist die entscheidende psychologische Qualität des Politikers — des Augenmaßes, der Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen, also: der Distanz zu den Dingen und Menschen.“

Gemeinden- und Vereins-Echo

Tätigkeitsbericht der hebräischen Sprachkurse München

Erscheint aus technischen Gründen verspätet

Der vorliegende Bericht umfaßt die zweite Hälfte des Sommersemesters 1929, d. i. vom 1. September bis 15. November und das Wintersemester 1929, d. i. vom 15. November bis Ende April 1930, also eine Periode von 8 Monaten. Vom 24. Oktober bis zum 3. November 1929 (10 Tage), infolge Erkrankung des Lehrers, vom 3. bis zum 19. März (7 Tage) wegen Promotion des Lehrers und vom 11. bis zum 22. April (Pessachfest) fand kein Unterricht statt.

In der Berichtsperiode bestanden 5 Kurse für Erwachsene, 3 Kurse für Kinder, ein Bibelkurs, an dem nur Damen beteiligt waren, ein Jesaja-Kurs und ein KJV.-Kurs. Kurs I, II, IV und V, die 3 Kinderkurse und der Bibelkurs haben am Anfang der Berichtsperiode begonnen. Kurs III ist am Anfang des Wintersemesters entstanden und wurde am 8. Januar 1930 mit Kurs IV zusammengelegt, wegen der gleichen Kenntnisse der Teilnehmer beider Kurse. Der Jesaja Kurs ist am Anfang des Wintersemesters entstanden (20. Nov.).

Der KJV-Kurs bestand während des Wintersemesters 1929/30, vom 27. November 1929 bis 26. Februar 1930.

Aus der allgemeinen Besuchsstatistik geht hervor, daß insgesamt 15³/₄ Wochenstunden erteilt, die von insgesamt 95 Schülern besucht wurden. Davon waren 50 Neueintretende und 45 Schüler aus der vorigen Lehrzeit.

Während der Berichtsperiode wurden insgesamt 336 Unterrichtsstunden abgehalten, an denen insgesamt 1425 Schüler, 1144 Erwachsene und 281 Kinder teilnahmen, so daß die durchschnittliche Zahl der Besucher 4.2 Personen war.

Die Finanzierung erfolgte aus den Eingängen der Schulgelder und der Subvention der Israelitischen Kultusgemeinde.

Lehrstoff

Kurs I

Lesen, Schreiben und Konversation nach dem Buche „Einführung in das Hebräisch der Gegenwart" von J. Bornstein; Grundlagen der Grammatik; freie Konversation auf Grund des aus dem Buche von Bornstein angeeigneten Wortschatzes.

Kurs II

Lesen, Schreiben und Konversation nach dem Lehrbuch von Bornstein, und zwar nach den Lektionen 16—20. Wiederholung der ersten 15 Lektionen; grammatikalische Übungen; die ersten zwei Kapitel des Buches Ruth; ausführliche Behandlung dessen Wörter und grammatikalischen Formen.

Kurs III/IV

Ausgewählte Abschnitte aus der neuhebräischen Literatur nach dem Buche „Perockim Rischonim" von J. Fichmann in Kurs III und nach „Sefer Haadam", desselben Autors in Kurs IV. Besprechung der betreffenden Dichter oder Schriftsteller. Nach der Vereinigung der beiden Kurse nach dem Buche „Sefer Haadam" gearbeitet. Gelesen wurden J. L. Perez, Schalom Alechem, Steinberg, Bialik, J. Fichmann. Übersetzungen aus dem Deutschen ins Hebräische. Freie Konversation. Die hebräische Zeitschrift „Hagescher".

Kurs V

Ausgewählte Abschnitte aus der neuhebräischen Literatur nach dem Buche: „Laschon Wasefer" von J. Fichmann. Teil IV: Perez, Bialik, Berditschewsky, Schalom Alechem, Schalom Asch, Tschernichowsky. Übersetzungen, „Hagescher", Konversation.

Kinderkurs I

Lesen, Schreiben und Konversation nach „Alef Beth" von J. Fichmann. Hebräische Volkslieder.

Kinderkurs II

„Prosdor" von J. Fichmann; grammatikalische Übungen, Konversation, Diktate.

Kinderkurs III

„Laschon Wasefer", I. Teil von J. Fichmann; Grundlagen der Grammatik; Konversation; Übersetzungen aus dem Deutschen ins Hebräische.

Bibelkurs

Anfang des 2. Buches Moses.

Jesaia Kurs

Die ersten 12 Kapitel von Jesaja mit philologischen Erklärungen und Bemerkungen aus der Jüdischen Geschichte.

Grammatik der hebräischen Sprache, Lehrbuch mit Übungen von Abraham Kahana, Tel-Awiw 5691, Verlag Mékorot.

Abraham Kahana ist schon seit langem in der jüdischen Welt als Wissenschaftler bekannt. Große Aufmerksamkeit erregten die wissenschaftlichen Kommentare zu den Büchern der Bibel, die unter seiner Redaktion erscheinen.

Die soeben erschienene Grammatik ist ein nach den neuen Ergebnissen der Philologie wissenschaftlich begründetes und leicht verständliches Lehrbuch. Sehr zu begrüßen ist, daß der Verfasser im Gegensatz zu anderen hebräischen Grammatikern, das Zeitwort vor dem Hauptwort behandelt und dadurch die Eigenschaft der hebräischen Sprache, ihr auf das Zeitwort gegründetes Drei-Vokal-System völlig geklärt und bei dem Hauptwort viele Schwierigkeiten beseitigt hat. Die Übungen im Buch, aus Bibel, Mischna und Hagada entnommen, sind glücklich gewählt. Ohne auf Einzelheiten des Buches näher einzugehen, sei nur bemerkt, daß bedauerlicherweise die fremdartigen Formen der Bibel nicht berücksichtigt werden. Die sorgfältige Ausstattung des Werkes zeigt, daß man sich in Palästina auch Verständnis für Buchherstellung, für Druck und Papier angeeignet hat. A. P.

Megiloth, Verlag Omanut, Tel-Awiw, unter Beteiligung des Rates der zionistischen Exekutive für Erziehungswesen in Palästina.

Der gemeinsamen Arbeit des Rates für Erziehungswesen in Palästina und des Verlages Omanut in Tel-Awiw ist es zu danken, daß in letzter Zeit eine Reihe von Broschüren unter dem Namen „Megiloth" in Hebräisch erscheint. An der Herausgabe beteiligen sich über fünfzig Lehrer der verschiedensten Fächer. Diele Megiloth-Bibliothek enthält: Apokryphen, Mischna und Talmud, Religionsbücher, Literatur des Mittelalters sowie der Neuzeit, Geschichte, Geographie und Naturkunde.

In viele kleine Hefte eingeteilt, von denen jedes für sich etwas Ganzes enthält, sind die Megiloth geeignet zu Lehr- und Lesezwecken sowohl für Erwachsene als auch für Kinder. Für Palästina wie für den Galuth und für alle Altersstufen geeignet, besitzt diese Sammlung gegenüber Lehrbüchern eine Reihe von Vorteilen. Durch die Kürze der Broschüre wird man nicht für lange Zeit an ein und denselben Lehrstoff gebunden; weiter besteht die Möglichkeit, verschiedenartige Lehr- und Lesestoffe zu wählen, die ein Lehrbuch in der Regel nicht enthält, schließlich ist das Einzelheft besonders billig. Die Schrift ist deutlich, alle Broschüren sind punktiert und teilweise hübsch illustriert. Mit dieser Megiloth-Bibliothek beginnt wirklich eine neue Ära in der hebräischen pädagogischen Literatur. Allen jüdischen Menschen in Deutschland, die sich mit Hebräisch und der jüdischen Kultur überhaupt befassen, sei sie aufs wärmste empfohlen.

Genaue Auskunft erteilt gerne A. Percikowitsch, jeden Mittwoch von 3 bis 4 Uhr in seiner Sprechstunde, Herzog-Rudolf-Straße 1.

Warda, Roman in drei Teilen von G. Ebers, ins Hebräische übersetzt von Sch. Herberg, Verlag Omanuth, Tel-Awiw.

Dieses Buch, eines der besten Werke von Ebers, das nach wissenschaftlichen Quellen verfaßt ist, schildert das Leben eines alten Kulturvolkes, der Ägypter vor 3000 Jahren. Das ägyptische Volk, seine Nachbarn, die Wüste und vor allem die hohe Kaste der Priester und wie sie das gläubige Volk ausnützt, wird meisterhaft geschildert.

Zu dieser Zeit entsteht in der Wüste der Monotheismus, der für damals neue Gedanke des einzigen Gottes. Dem gewaltigen Moses gelingt es aus zersplitterten Stämmen ein einziges Volk zu machen und diesem den Glauben an den einzigen Gott zu geben.

Es ist zu begrüßen, daß es endlich unternommen wurde und gelungen ist, einen Roman, dessen

Inhalt mit der jüdischen Geschichte so eng verbunden ist, ins Hebräische zu übersetzen und dadurch der jüdischen Masse ein wichtiges Kapitel ihrer alten Geschichte näherzubringen. P.

Hebräische Sprachkurse, München

Neuer Anfängerkurs

Der letzte Termin für die Anmeldung in den Anfängerkurs ist am Donnerstag, den 12. Februar. Anmeldungen werden im Unterrichtslokal, Herzog-Rudolf-Straße 1 (Tel. 297 449), entgegengenommen.

Wochenprogramm der V.J.St. „Jordania" im K.J.V.

Dienstag, 10. Februar 1931, 8.30 Uhr, Karteiltags-Konvent hochoff.
Mittwoch, 11. Februar 1931, Turnen, Sport off.
Samstag, 14. Februar 1931, 2 Uhr, Kaffee Hag, Burschenprüfung.

Fuxenkurse und Hebräisch zu den angesetzten Zeiten.

Bar-Kochba, Sportabteilung. Das Training der Fußballjugend, sowie das Knabenturnen findet nicht mehr in der Halle der Luisenschule statt, sondern jeden Mittwoch abends von 7—8 Uhr in der Sporthalle des Turnvereins Sendling, Plinganserstraße 84, unter Leitung des Sportlehrers Breit. Dortselbst trainieren auch die Leichtathleten und Handballer. In Anbetracht der kommenden Leichtathletiksaison bitten wir alle Aktiven, regelmäßig von 8—10 Uhr dem Training beizuwohnen. — Das Handballwettspiel mußte vorige Woche wegen der schlechten Bodenverhältnisse ausfallen. Die Verbandsserie beginnt Ende Februar. Alle Spieler der 1. Mannschaft haben die Sonntage im März unbedingt freizuhalten. — Die Tischtennisriege spielt jeden Abend mit Ausnahme von Freitag im Studiozimmer des jüdischen Jugendheimes, Herzog-Rudolf-Straße 1. Der einmalige Jahresbeitrag ist auf RM. 2.— festgesetzt, während pro Spielabend 15 Pfennige zu entrichten sind. Jeden Abend ist ein Spitzenspieler anwesend, der sich Anfängern zum trainieren zur Verfügung stellt. Die Leitung.

Bar-Kochba Nürnberg. Generalversammlung

Die diesjährige ordentliche Generalversammlung erfreute sich wiederum eines zahlreichen Besuches (ca. 140, davon 117 stimmberechtigt). Nach Eröffnung der Versammlung und Feststellung der satzungsgemäßen Einberufung gedachte der Vorsitzende der Toten des letzten Vereinsjahres Käthe Fromm und Julius Strauß. Mit Eintritt in die Tagesordnung gab er den allgemeinen Bericht über die Tätigkeit der Vorstandschaft, die er unter dem Gesichtspunkt gewürdigt wissen wollte: Förderung des Sportes unter den Juden bei Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu allen jüdischen Organisationen, zu den großen Sportverbänden und zu den einzelnen Turn- und Sportvereinen. Die Berichte der Abteilungsleiter (Turnen, Leichtathletik, Schwimmen, Handball, Jugend) ergaben das Bild reger Entwicklung. Die Schwierigkeit der Platzverhältnisse beeinträchtigte das Training der Leichtathleten und Handballer. Mit großem Interesse folgte die Versammlung dem Bericht des Kassiers, der das erschreckende Anwachsen der Ausgaben erkennen ließ. Nur durch Zurückgreifen auf Reserven konnte der Etat in diesem Jahre noch ausgeglichen werden. Der Vorstandschaft wurde Entlastung erteilt. Die Wahl, deren Leitung Herr Dr. Bloch zunächst übernahm, ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Dr. Vorchheimer, 2. Vorsitzender Felix Sachs, 1. Kassier Paul Baruch, 1. Schriftführer Bella Heimann, 1. Turnwart David Katz, 1. Sportwart Dr. Rosenbaum, 1. Schwimmwart Alfred Bachmann, Damenturnwart Selma Weil, Spielausschußvorsitzender Dr. Hans Teutsch, Jugendleiter Kurt Hirschbruch, 2. Kassier Minna Scherer, 2. Schriftführer Robert Altmann, 2. Turnwart Ludwig Bachmann, 2. Sportwart Ludwig Willner, 2. Schwimmwart Max Rawicz, Beisitzer R.-A. Feilchenfeld, Dr. Fritz Bloch, Bernhard Kolb, Otto Neumark, Julius Heinsfurter. Nach einer sehr eingehenden Debatte beschloß die Versammlung mit Wirkung ab 1. April 1931 folgende Mitgliedsbeiträge pro Monat: aktive Vollmitglieder RM. 1.50, Jugendliche RM. —.75, passive RM. 1.—. Der Kassier erklärte der Versammlung, daß trotz dieser Erhöhung Sparmaßnahmen fortgesetzt werden und jeder einzelne dabei mitwirken müsse. Mit Dankesworten an die Versammlung für die sachlich geführten Debatten schloß der Vorsitzende dieselbe.

*

Wie wir von befreundeter Seite erfahren, ist in diesem offiziellen Bericht merkwürdigerweise ein wesentlicher Punkt übergangen. In dem Bericht der Vorstandschaft wurde nämlich auch mitgeteilt, daß der Barkochba Nürnberg im Laufe des Jahres im Einverständnis mit dem deutschen Makkabi-Kreis aus diesem ausgetreten ist und nunmehr eine Interessengemeinschaft mit ihm eingegangen ist. Von zionistischer Seite wurde dieser Beschluß aus prinzipiellen Gründen bedauert, aber der Sachlage in Nürnberg nach gutgeheißen, da in ihm eine längst erforderliche reinliche Scheidung zum Ausdruck kommt.

Spenden-Ausweis

Spendenausweis des Nürnberger Büros vom 1. Februar 1931

Spendenbuch: Durch Herrn Dr. Dankwerth gesammelt auf der Hochzeit Trude Weil—Heinz Grünstein 140.—, Rudolf Levi, Hechingen 50.—, Joe Heilbronner, Erfurt, Arthur Augsburger, Rottweil a. N., Siegfried Weil, Berlin, Emil Weil, Hechingen, je 20.—, Karl Augsburger, Frankfurt a. M. 10.—. Herr Ernst Löwengart, Fürth, anl. seiner Verlobung 30.—, Herr u. Frau Karl Franc anl. der Verlobung ihrer Tochter 20.—, Herr u. Frau Dr. Weinschenk anl. der Geburt ihres Sohnes 20.—, Herr u. Frau Simon Fichtelberger anl. der Geburt ihrer Tochter 10.—, Herr Dr. Beselau, Fürth, anl. seiner Niederlassung als Arzt 2.—.

Allgemeine Spenden: Tellersammlung anl. Ortsgruppenabend 8.70, Schalom Schapira aus freudigem Anlaß 3.—, Monatsbeitrag Herr Moritz Bein 3.—, durch Herrn J. Fisch Thoraspende von Herrn Max Schönfrank 2.—.

Bäume: Für Herzl-Wald: auf den Namen von Mordechai Laib Klieger durch Frau Lotte Baum in Weißen bei Weiler 10.—; für Alice-Faß-Garten: der Brith Haolim, Nürnberg, anl. Chamischah asar beschwat 2 B. = 12.—; für Dr. Hermann Liebstaedter s. A. Garten: es gratulieren Herrn Ernst Löwengart, Fürth, und Frl. Rosl Kreschower, Berlin, herzlich zur Verlobung: Dr. Meinhold Nußbaum u. Frau 3.—, Bernhard Freimann u. Frau 3.—, Hans Wolf-Veith 3.—.

Imi-Tasche: Berthl Nußbaum 1.39.

Wertzeichen: Dir. Georg Spiro 10 KKL.-Telegrammformulare 5.—.

Büchsen: Fraenkel 2.—, Koschland —.60, Gundelfinger 2.—, Dr. Fellheimer 1.— = 5.60.

Summa: 281.69.

Seit 1. Oktober 1931 aufgebracht: 2274.39.



Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.